

Zeitung für Pirmasens und die Südwestpfalz



Zwei schwere Lose für TV Riesweiler
Prellball: Frauen und Männer spielen bei Deutscher Meisterschaft. **Seite 21**

Keine Einigkeit über Investitionen
Eppenbrunn: Entscheidung über Finanzplanung muss kurzfristig verschoben werden. **Seite 17**

Schülerzahlen bleiben stabil
Pirmasens: 388 Viertklässler melden sich bei weiterführenden Schulen an. **Seite 13**



AUS DER PFALZ

Gericht: Stadt muss AfD Gemeindesaal bereitstellen



AFD-Parteichef Tino Chrupalla spricht in Annweiler. FOTO: BERND VON JUTRCZENKA/DPA

ANNWEILER. Die Stadt Annweiler muss der AfD ihren Gemeindesaal am Samstag für eine Veranstaltung mit Parteichef Tino Chrupalla zur Verfügung stellen. Das hat das Oberverwaltungsgericht (OVG) in Koblenz entschieden und damit die Entscheidung des Verwaltungsgerichts Neustadt aufgehoben. Die dortigen Richter hatten in der vergangenen Woche den Antrag der AfD auf Nutzung des Saals abgelehnt. Sie waren in ihrer Begründung der Argumentation der Stadt gefolgt, wonach kein Mietvertrag zwischen den beiden Parteien zustande gekommen war, weil die AfD es versäumt hatte, das Reservierungsangebot der Stadt zu bestätigen. Daraufhin hatte die Partei Beschwerde beim OVG eingereicht. Der Stadtrat hatte Mitte Februar beschlossen, die Veranstaltung der AfD zu verhindern zu wollen, da die Partei eine Gefahr für die demokratische Grundordnung darstelle. Doch damit lasse sich der Ausschluss durch die Stadt nicht rechtfertigen, da staatliche Stellen zur politischen Neutralität verpflichtet seien, so das OVG in seiner Begründung. |hvj| **SÜDWEST**

AKTUELL

Daimler Truck: Keine Arbeit mehr für Leiharbeiter

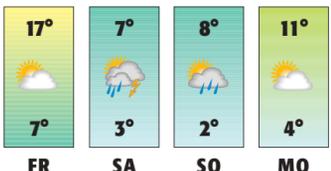


Daimler-Truck-Beschäftigte protestieren im Lastwagenwerk Wörth dagegen, dass viele Leiharbeiter dort nicht weiter beschäftigt werden. FOTO: IG METALL/GRATIS

WÖRTH. Daimler Truck hat weniger Arbeit für das Lastwagenwerk Wörth. Die Folge: Leiharbeiter werden dort nicht weiter beschäftigt. Gewerkschaft und Unternehmen stellen die Situation aber auf unterschiedliche Weise dar. Die IG Metall protestierte am Donnerstag mit einer Aktion in der Mittagspause dagegen, dass viele der derzeit noch über 1000 Leiharbeiter nicht weiter beschäftigt werden. Knapp 300 Leiharbeiter haben ihren letzten Arbeitstag Ende März, der Rest Mitte April, so Moritz Römmele, Leiter des IG-Metall-Vertrauenskörpers. Der Grund: Die Auftragslage sei schlecht, sagt Römmele. Über 100 Leiharbeiter sollen noch auf Basis einer Betriebsvereinbarung fest übernommen werden. Von einer „Normalisierung und einer entsprechenden Auslastung“ nach dem Rekordjahr 2023 spricht dagegen eine Daimler-Sprecherin. „Wir können nicht die derzeitigen Zeitarbeitskräfte weiter beschäftigen“, sagt die Sprecherin. Die knapp 10.000 Mitarbeiter starke Stammbesatzung in Wörth sei dagegen nicht betroffen. „Zum 1. März wurden 150 Zeitarbeitnehmer in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis übernommen“, teilte die Unternehmenssprecherin mit. Es sei geplant, weitere 110 Zeitarbeitnehmer zum 1. Juni zu übernehmen. |lap

WETTER

Heute: Zunehmend freundlich



SO ERREICHEN SIE UNS

06331/8005-22
redaktion@pirmasenser-zeitung.de



Forschungsgruppe testet Pflege-Roboter in Pirmasens



FOTO: SCHAFÉ

Pirmasens steht dieser Tage ganz im Mittelpunkt einer Studie der Forschungsgruppe Geriatrie der Charité-Universitätsmedizin Berlin, die im Rahmen des Forschungsprojekts „Teleskoop – Robotische Hilfe in den eigenen vier Wänden“ gemeinsam mit der Firma Devanthro aus München im Diakoniezentrum Pirmasens durchgeführt wird. Eine 86-jährige Pirmasenserin erklärte sich bereit, über mehrere Tage an der Studie teilzunehmen. „Wir haben erstmalig die Gelegenheit, Robody in einem Wohnumfeld einer Pflegeperson einzusetzen“, schilderte Rafael Hostettler als Geschäftsführer der Devanthro GmbH. Er ist für den Roboter und die technische Umsetzung in Pirmasens verantwortlich. |nsf| **SEITE 13**

Ukraine: Russland meldet Geländegewinne

KIEW. Bei den schwersten russischen Raketenangriffen auf Kiew seit Wochen sind am Donnerstag in der ukrainischen Hauptstadt und Umgebung 17 Menschen verletzt worden.

Die ukrainische Luftwaffe erklärte, sie habe 31 russische Raketen abgefangen. Im Stadtzentrum gab es am Morgen mehrere Explosionen, wie AFP-Reporter berichteten. Der letzte größere Angriff auf Kiew erfolgte am 7. Februar.

Präsident Wolodymyr Selenskyj rief nach den Angriffen die westlichen Verbündeten zur Lieferung von mehr Luftabwehrraketen auf. „Dieser Terror geht Tag und Nacht weiter“, schrieb Selenskyj in den Online-Netzwerken. Ihn zu beenden sei „durchaus möglich, wenn unsere Partner ausreichenden politischen Willen zeigen“. Selenskyj forderte insbesondere die Lieferung von Patriot-Luftabwehrsystemen. Im US-Kongress wird seit Monaten ein Hilfspaket für die Ukraine in Höhe von 60 Milliarden Dollar (rund 55 Millionen Euro) blockiert.

Die russische Armee nahm nach eigenen Angaben ein weiteres Dorf im Osten der Ukraine ein. „Die russischen Streitkräfte haben das Dorf Tonenke befreit“, teilte das Verteidigungsministerium mit. Das kleine Dorf liegt zehn Kilometer westlich der Stadt Awdjiwka. Die war im Februar von den russischen Truppen eingenommen worden. Russland rückt weiter langsam vor, während es der ukrainischen Armee an Munition fehlt. |afp| **SEITE 3**

Bahn schreibt tiefrote Zahlen

Die Sanierung des Schienennetzes sorgt bei der Deutschen Bahn für einen hohen Verlust. Eine neue Großbaustelle trifft den ICE-Verkehr ab Mannheim und kostet die Pfalz ihren einzigen Direktzug nach Berlin.

VON ECKHARD BUDDRUSS

BERLIN. Die Bilanz der Deutschen Bahn (DB) für 2023 weist einen Verlust von knapp 2,4 Milliarden Euro aus. Auch das bereinigte Ergebnis vor Zinsen und Steuern (Ebit), das im Jahr zuvor noch plus 1,225 Milliarden Euro betragen hatte, war 2023 mit minus 964 Millionen Euro tiefrot. Der wichtigste Grund dafür ist, dass die DB mit erheblichen Ausgaben für die Sanierung des Schienennetzes für den Bund in Vorlage getreten ist.

Die Fahrgastzahlen sind im Vergleich zum Vorjahr, das teilweise noch durch die Corona-Pandemie beeinträchtigt war, zwar deutlich gestiegen. Im Fernverkehr war der Zuwachs aber geringer als von der DB erwartet. Der vor einem Jahr in Aussicht gestellte Rekord bei den Fernzug-Fahrgastzahlen blieb aus. Die Anzahl der in den Fernzügen beförderten Reisenden stieg zwar auf 140,3 Millionen (Vorjahr: 132 Millionen), der Wert von 150,7 Millionen aus dem Vor-Corona-Jahr 2019 wurde aber nicht erreicht.

Erklären dürfte sich dies vor allem durch zwei Faktoren. Zum einen war ein großer Teil des Jahres 2023 von

Streikdrohungen zuerst der Eisenbahngewerkschaft EVG, dann der Lokführergewerkschaft GDL überschattet. Der Tarifstreit mit der EVG, die zweimal den Bahnverkehr in Deutschland nahezu komplett lahmlegte, zog sich ungewöhnlich lange hin, der Konflikt mit der GDL ist immer noch nicht beendet.

Zweiter Grund dürfte die Beeinträchtigung des Bahnverkehrs durch Großbaustellen sein, die zu

verlängerten Fahrzeiten, Angebotsreduzierungen und zusätzlichen Verspätungen führten.

Eine dieser Großbaustellen trifft ab Samstag massiv den ICE-Verkehr ab Mannheim. Fernzüge, die normalerweise die Strecke von Hanau nach Fulda befahren, werden weiträumig umgeleitet. Dies trifft unter anderem die ICE von Mannheim nach Berlin und Hamburg. Nach Berlin verlängert sich die Fahrzeit von Mannheim teils um rund 30 Minuten, teils sogar um fast 90 Minuten. Weil rund ein Drittel der ICE von Frankfurt nach Berlin komplett ausfällt, verliert die Pfalz nun für über zwei Monate ihren einzigen direkten Zug nach Berlin. Der ICE 932 von Saarbrücken nach Berlin mit Halt in Homburg, Kaiserslautern und Neustadt fährt erst ab 7. Juni wieder und auch dann nur für gut einen Monat, bis Mitte Juli mit der Riedbahn-Generalsanierung die nächste Großbaustelle folgt.

Die Fahrzeit der ICE von Mannheim über Hannover nach Hamburg, die ab morgen von gleich zwei Großbaustellen betroffen sind, verlängert sich gegenüber dem Regelplan sogar um fast zwei Stunden. **KOMMENTAR SEITE 2; WIRTSCHAFT**



Mehr und mehr behindern Großbaustellen den Betrieb im Netz der Deutschen Bahn. FOTO: DPA

Plattform X: Rechtsextreme nicht mehr gesperrt

SAN FRANCISCO/WIEN. Die US-Plattform X (früher Twitter) hat die Konten der rechtsextremen Identitären Bewegung wieder freigeschaltet, die im Juli 2020 wegen mehrerer Verstöße gegen die Twitter-Regeln gesperrt wurden.

Zwölf Tage zuvor hatte X bereits das Konto des österreichischen Aktivisten Martin Sellner wieder aktiviert, das bei der Sperraktion im Sommer 2020 ebenfalls blockiert worden war. Sellner gilt als der Taktgeber der rechtsextremen Identitären Bewegung. Der Identitären Bewegung Deutschland waren bis zu ihrer Sperrung vor knapp vier Jahren rund 30.000 Twitter-Nutzer gefolgt, Sellner knapp 40.000. Am Donnerstag folgten rund 54.000 X-Nutzer dem Aktivisten, der am Dienstag ein Einreiseverbot nach Deutschland erhalten hatte. Die Identitäre Bewegung hatte zum Comeback dagegen rund 5000 Follower verloren.

Die IB verbreitet rechtsextreme Verschwörungsmethoden. In Deutschland wird die Gruppe vom Verfassungsschutz beobachtet. Sellner hatte zuletzt mit Plänen zur massenhaften Abschiebung oder Verdrängung von Einwanderern für Proteste gesorgt.

Elon Musk, der Eigentümer von X, hatte zuvor die Entscheidung seines Unternehmens verteidigt, mehrere antisemitische und rassistische Beiträge nicht zu löschen, da sie nicht illegal gewesen seien. Er lehne eine Moderation der Inhalte auf X ab. „Moderation ist ein Propagandawort für Zensur“, sagte Musk. |afp

Zeigt her eure Finger!

Eine Klage gegen im Personalausweis gespeicherte Abdrücke ist vor dem Europäischen Gerichtshof gelandet

VON PETER MÜLLER

Detlev Sieber möchte nicht in „einer Art Verbrecherkartei“ landen. So empfindet der frühere Bürgermeister der hessischen Gemeinde Schlangenbad die Pflicht, bei der Beantragung eines Personalausweises Fingerabdrücke abzugeben. Seit 2021 ist das der Fall, für den Reisepass galt es schon länger. Hintergrund ist eine EU-Verordnung. Als die Stadt Wiesbaden Sieber einen neuen Ausweis ohne Abdrücke versagte, zog er – unterstützt vom Verein Digitalcourage – vors Verwaltungsgericht. Das legte die Sache zur Klärung dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) vor.

Laut Bundesinnenministerium dienen die Fingerabdrücke nicht

primär der Fälschungssicherheit des Dokuments. Vielmehr solle bei Zweifeln, ob eine (ausländische) Person auch wirklich jene auf dem Ausweisbild ist, unmittelbar die Identität festgestellt werden können. Die Abdrücke würden ausschließlich im Chip gespeichert. Zugriff auf die Daten haben nur berechnete Behörden. Beim Hersteller des Passes werden sie wieder gelöscht. Allerdings liegen sie in den ausstellenden Bürgerämtern bis zur Ausgabe des Dokuments vor – für maximal 90 Tage.

Die Kläger argumentierten, dass durch gespeicherte biometrische Merkmale eine lebenslange Kontrolle möglich sei: Man könne Passwort, Namen und Wohnort wechseln, um sich beispielsweise vor



Scangerät: Die biometrischen Daten sollen eine sichere Feststellung der Identität gewährleisten. FOTO: IMAGO/MAXIMILIAN KOCH

Verfolgung oder Bedrohung zu schützen. „Fingerabdrücke können wir niemals ändern“, sagten die Bürgerrechtler. Je häufiger biometrische Daten erhoben, weitergeleitet oder ausgelesen würden, desto höher sei die Wahrscheinlichkeit, dass es irgendwo ein Leck gibt. Im Vorfeld der Gerichtsentscheidung wurde in diesem Zusammenhang auf den Hackerangriff auf den Rhein-Pfalz-Kreis verwiesen – obwohl in diesem Fall nicht bekannt ist, dass die Täter digital hinterlegte Fingerabdrücke erbeutet hätten.

Der EuGH hat nun festgestellt, dass die Verpflichtung zur Aufnahme von Fingerabdrücken in Personalausweisen mit den Grundrechten auf Achtung des Privatlebens und auf Schutz personenbezogener

Daten vereinbar ist. Es sei durch die Ziele gerechtfertigt, die Herstellung gefälschter Personalausweise und den Identitätsdiebstahl zu bekämpfen sowie die Zusammenarbeit der Überprüfungsstellen zu gewährleisten, erklärten die Richter in Luxemburg. Allerdings muss die EU-Verordnung bis 2027 neu erlassen werden, weil sie auf einer falschen Rechtsgrundlage gestützt war.

Ein schwacher Trost für den Kläger. Detlev Sieber hatte den neuen Personalausweis übrigens beantragt, weil der Chip seines alten defekt war und er die – wenig bekannte – Onlinefunktion zur Identifizierung im Internet nutzen will. Nur wie ein Verbrecher seinen Finger dafür hergeben, das wollte der 61-Jährige nicht.



Aufrichtigkeit ist mir besonders wichtig. Niemals würde ich jemandem bestehen. Mit einer Schuld dieser Art könnte ich nicht leben. Allerdings ist es mir einmal passiert, dass ich mir in einem Supermarkt eine Einkaufstasche ausgesucht und in den Arm gehängt habe. Die anderen Artikel hatte ich aufs Rollband gelegt, nicht so die Tasche. Nachdem ich bezahlt hatte und schon halbwegs auf dem Nachhauseweg war, schoss es mir durch den Kopf. Halt, die Tasche in der Armbügel ist nicht bezahlt. Eiligst ging ich zurück zur Kasse, erklärte mich und bezahlte. Allein die Vorstellung, ich wäre erpapt worden. Dann aber war alles gut.

Ein anderes Mal waren wir im Urlaub am Meer. Unser Hotel lag auf einer Anhöhe. Zum Strand mussten wir mit dem Hotelbus fahren. Das alles war recht umständlich. Dann entdeckten wir einen Hotelneubau direkt am Strand, der kurz vor der Fertigstellung stand. Spontan entschlossen wir uns, dieses neue Hotel im Jahr darauf zu buchen. Wir kamen abends gegen 22 Uhr dort an. Nein, zum Essen sei es jetzt zu spät, es gebe nichts mehr, wurde uns schroff erklärt. Und dies, obwohl wir den kompletten Tag bezahlt hatten und es bekannt war, dass wir und andere Mitreisende so spät ankommen würden.

Aus Rache steckte ich ein Handtuch in den Koffer. Dafür schäme ich mich noch heute. Dabei fühlte ich mich zunächst noch im Recht, ob es uns verweigerten Abendessens. Es hat mir letztendlich keine Genugtuung gebracht und das Handtuch mit Hoteleindruck diente mir fortan als Putzlappen. Nein, so etwas würde ich nie wieder tun. Ich weiß, dass in Hotels sehr viel mitgenommen wird. Zu diesem Klientel möchte ich mich nicht zählen. Ehrlich währt am längsten und ein ruhiges Gewissen ist ein sanftes Ruhekitzen dienen mir dabei als Leitspruch. (Maria-Luise Hehner)

LESEBRIEF

Parken in Frankfurt ist billiger

„Abzocke und Unverschämtheit“, PZ-Artikel vom 18. März 2024.

Klar ist, dass alles teurer wird und die Firma Park Service Hüfner auch Ausgaben hat, aber eine Parkgebühr um 50 Prozent zu erhöhen, ist schon unverschämte. Und im Artikel steht ja auch, dass von den Verkehrsplanern vorgeschlagen wird, die Preise um das Parkhaus herum erhöhen zu lassen: So soll das Parken im Parkhaus attraktiver werden.

Wie wäre es denn beispielsweise die erste halbe Stunde kostenlos anzubieten im Parkhaus? Das wäre attraktiv. Gerade wenn man kurz etwas erledigen muss im Bürger-Service-Center. So gewinnt man Kundschaft. Dann parkt man auch gerne mal länger.

So aber ist das Parken in einem Einkaufszentrum in Frankfurt ja billiger. Sandra Herzog, Pirmasens

WIR GRATULIEREN

Norbert Bopp feiert heute im Pro Seniore seinen 83. Geburtstag.

SENIORENTREFFS

Montag: 14 Uhr, Tischtennis, Haus Meinberg. 14 bis 16 Uhr, Seniorenkegeln, Eisenbahner-Sportverein, Sportheim ESV (hinter dem Hauptbahnhof). 14.30 Uhr, Treffen der eisernen Konfirmanden 2021 (Pfarrerin Barbara Traub), Markuskirche.

Dienstag: 13.45 bis 14.45 Uhr, Gymnastik, Haus Meinberg.

Mittwoch: 9 Uhr, Osterbrunch im Seniorentreff Haus Meinberg, Adlerstraße 19. 14 Uhr, Gedächtnistraining, Haus Meinberg. 14 Uhr, Spezialgymnastik gegen Gelenkschmerzen und Schlaganfallgymnastik, Diakonissen-Verein, Waisenhausstraße 1. 15 Uhr, Bandscheiben-Gymnastik und Stabilisierung der Wirbelsäule, Diakonissen-Verein, Waisenhausstraße, Theoschaller-Saal.

Schülerzahlen bleiben stabil

DIE ANMELDEZAHLEN IN DEN weiterführenden Schulen der Stadt bleiben stabil. Die drei Gymnasien und die beiden Realschulen plus halten in etwa ihr Vorjahresniveau. Großer Gewinner ist die Landgraf-Ludwig-Realschule plus, bei der sich für das kommende Schuljahr 70 Schüler angemeldet haben. Im Vergleich zu 2023/24 bedeutet das eine Zunahme von 18 Schülern.

VON ERIK STEGNER

„Die Landgraf-Ludwig-Realschule plus profitiert eindeutig von unseren Investitionen am Standort in der Alleestraße. Auch nehmen immer mehr Schüler die Möglichkeit wahr, um dort ihre Fachhochschulreife ab der elften Klasse zu erlangen – was nach einer erfolgreichen Mittleren Reife möglich ist“, erklärt Markus Zwick. Der Oberbürgermeister ist für das Schuldezernat verantwortlich und legte gestern im Rathaus gemeinsam mit dem Leiter des Schulverwaltungsamtes, Guido Frey, die vorläufigen Anmeldezahlen vor – die sich in den kommenden Wochen erfahrungsgemäß noch minimal verändern können.

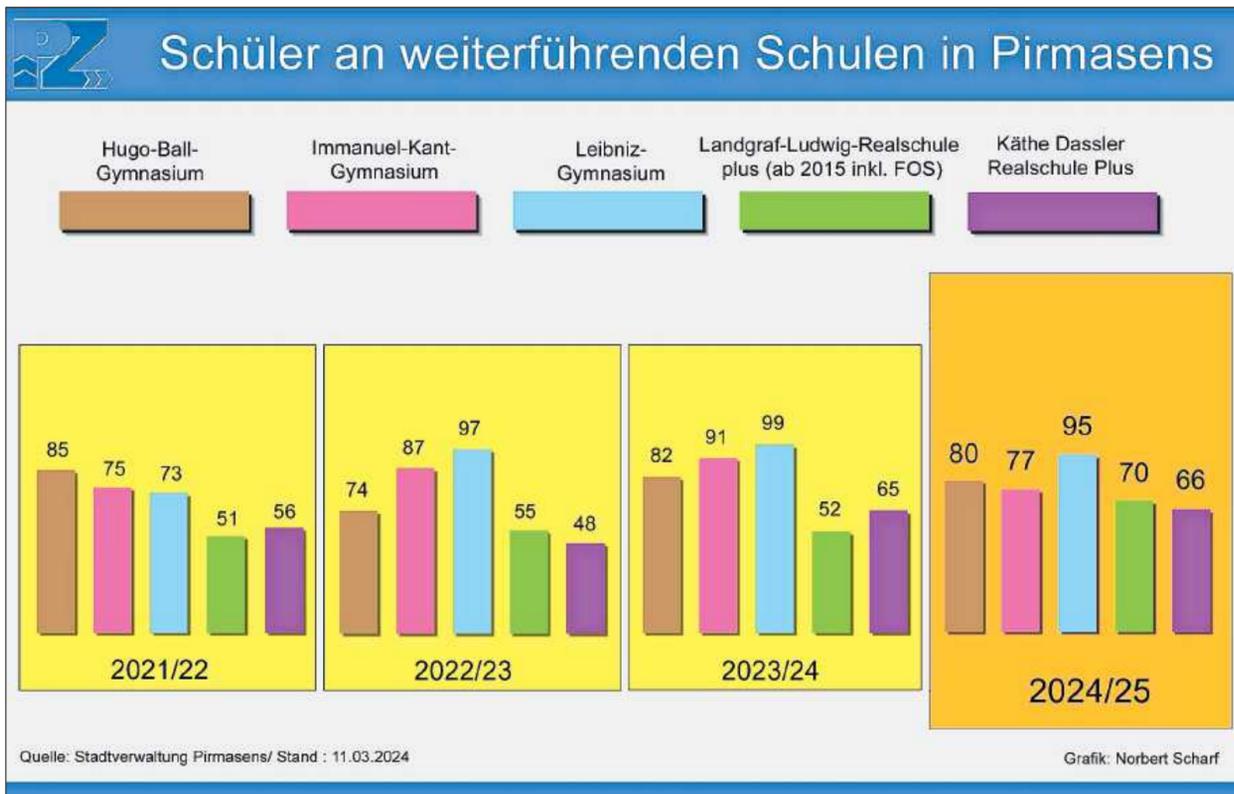
388 Viertklässler sind angemeldet

Aktuell haben sich 388 Viertklässler an den weiterführenden Pirmasenser Schulen angemeldet. Im vergangenen Jahr war es ein Schüler mehr. Die meisten entschieden sich für das Leibniz-Gymnasium, gefolgt vom Hugo-Ball-Gymnasium und dem Immanuel-Kant-Gymnasium. Während die Zahlen beim Ball- und Leibniz-Gymnasium in etwa auf dem Vorjahresniveau liegen, hat das Kant-Gymnasium einen Rückgang von 14 Schülern zu verzeichnen.

Für Markus Zwick ist die sinkende Schülerzahl im Kant kein Grund zur Sorge. Die dortigen Zahlen seien in den beiden vergangenen Jahren außergewöhnlich hoch gewesen und im jetzigen Rahmen mit 77 Schülern und einer vierzügigen fünften Klassenstufe immer noch in Ordnung. „Die Schule ist aufgrund ihrer Größe ja eigentlich auf eine dreizügige Eingangsstufe ausgerichtet“, so Zwick.

Kein Schüler wählt Französisch als Fremdsprache

Bei den Fremdsprachen setzt sich der Trend zu Englisch fort. 359 Schüler entschieden sich dafür, 29 Schüler wählten Latein. Französisch bleibt als erste Fremdsprache ohne Anmeldung außen vor. Vor Jahren undenkbar.



Den größten Schülerzuwachs hat die Landgraf-Ludwig-Realschule plus zu verzeichnen. Im vergangenen Schuljahr hatte noch die Käthe-Dassler-Realschule plus die Nase mit 65 Anmeldungen vorne. „Setzt sich diese positive Entwicklung in den kommenden Wochen fort und die Zahl steigt über 75 Anmeldungen, kann die Landgraf-Ludwig-Realschule sogar vierzünftig planen“, berichtet Frey.

Auf eine Besonderheit im kommenden Schuljahr macht Zwick in den beruflichen Gymnasien der BBS Pirmasens aufmerksam. Dort liegen 104 Anmeldungen für die elften Klassen vor. Anders als in den Vorjahren, wird diesmal zunächst nicht zwischen

Technik- und Wirtschaftsklassen getrennt, sondern die Entscheidung, für welchen Zweig sich die Schüler entscheiden, auf das zweite Halbjahr verschoben. Als Grund für diese Änderung nennt Zwick, dass es in der Region viele Firmen gibt, die Bedarf an Schülern mit technischem Hintergrund besitzen. Bisher seien in diesem Bereich die Anmeldezahlen aber äußerst schwach ausgefallen. Zwick hofft durch die neue Vorgehensweise, dass die Schüler sechs Monate in beide Bereiche hineinschnuppern können und sich am Ende der ein oder andere Schüler für einen technischen Abschluss entscheidet. Bei vielen spezialisierten Firmen, wie beispielsweise

die „psb intralogistics GmbH“ und die Profine-Gruppe, sei dann ein lukratives duales Studium möglich, erklärt Zwick.

124 Schüler pendeln in die Stadt, 66 in den Landkreis

Den vor einigen Jahren mit dem Landkreis Südwestpfalz auf den Weg gebrachten Schulentwicklungsplan hält der Oberbürgermeister für eine gute Entscheidung. Denn Pendelbewegungen gebe es sowohl auf der Stadt zu den integrierten Gesamtschulen als auch aus dem Landkreis – hauptsächlich hin zu den Gymnasien.

Nach Pirmasens pendeln im kommenden Schuljahr 124 Schüler, im vergangenen Jahr waren es 157 Schüler, die in die Stadt zum Lernen kamen. 66 Schüler pendeln im Gegenzug aus Pirmasens in den Landkreis. Hier punktet die IGS Waldfischbach mit 28 Schülern. 16 Schüler sind bei der IGS in Thaleischweiler-Fröschen angemeldet, sieben Schüler fahren aus der Stadt zur Realschule plus nach Dahn – zwölf zur Realschule plus nach Vinningen. Untergeordnete Rollen spielen die IGS Contwig mit einem Schüler und die Realschule plus Rodalben mit zwei Schülern. Für die Realschule plus in Hauenstein gab es keine Anmeldung aus der Stadt.

Robody umarmt, spielt und kann vorlesen

FORSCHUNGSGRUPPE AUS BERLIN UND MÜNCHEN testet Roboter-Prototyp zur Pflege bei 86-Jähriger in Pirmasens

VON NORBERT SCHARF

Pirmasens steht diese Tage ganz im Mittelpunkt einer Studie der Forschungsgruppe Geriatrie der Charité Universitätsmedizin Berlin, die im Rahmen des Forschungsprojekts „Teleskoop – Robotische Hilfe in den eigenen vier Wänden“ gemeinsam mit der Firma Devanthro aus München im Diakonienzentrum Pirmasens durchgeführt wird. Eine 86-jährige Pirmasenserin erklärte sich bereit, über mehrere Tage an der Studie teilzunehmen.

„Wir haben erstmalig die Gelegenheit, Robody in einem Wohnumfeld einer Pflegeperson einzusetzen“, schilderte Rafael Hostettler als Geschäftsführer der Devanthro GmbH. Er ist für den Roboter und die technische Umsetzung in Pirmasens verantwortlich. Der Einsatz des ferngesteuerten, menschenähnlichen Telepräsenzroboters mit dem Namen Robody musste nicht nur auf die Gegebenheiten einer normalen Wohnumgebung abgestimmt werden, sondern auch die Steuerung wurde ein eigenes Funknetzwerk eingerichtet. Denn, damit der Roboter kabellos in den Wohnräumen agieren kann, wurde er von einem Mitarbeiter im Diakonienzentrum in Echtzeit gesteuert.

Christopher Friese, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Forschungsgruppe aus Berlin, erklärte, dass dieser Telepräsenzroboter eine sehr moderne Technologie ist, die es einer Person ermöglicht, einen Roboter an einem entfernten Ort fernzusteuern, ohne selbst körperlich an diesem Ort anwesend zu sein.

Um sich ein Bild vom entfernten Ort zu machen, nutzt sie die Kameras und Mikrofone des Roboters. Zusätzlich ist auch die Person, die steuert, auf Gesicht im Roboter erkennbar. Auf diese Weise kann beispielsweise eine ambulante Pflegekraft oder auch Angehörige über den Telepräsenzroboter eine pflegebedürftige Person im Alltag unterstützen. Die Studie zielt darauf ab, den aktuellen Entwick-

lungsstand des Forschungsroboters Robody hinsichtlich Akzeptanz, Benutzerfreundlichkeit und technischer Umsetzbarkeit im privaten Wohnumfeld solch einer Person zu untersuchen, um Anforderungen für die weitere Entwicklung zu ermitteln.

Robody ist also kein Roboter, der Handlungen in der Pflege an einer Person übernimmt, sondern pflegebedürftigen Menschen im Alltag eine Hilfe darstellen soll. Robody kann ferngesteuert leichtere Arbeiten verrichten, oder zum Beispiel etwas zu trinken oder die Fernbedienung bringen wie auch Spiele spielen, vorlesen oder einfach nur eine Umarmung geben. Als Bediener kommen Pflegekräfte, Ärzte oder Angehörige in Frage. Ziel ist, dass Personen mit Pflegegrad so lange wie möglich in ihrer eigenen Wohnung leben können.

Das Diakonienzentrum Pirmasens suchte schließlich eine Studienteilnehmerin und fand bei einer 86-jährigen Pirmasenserin die geeigneten Voraussetzungen. Diese stimmte zu und war auf Robody sehr gespannt. Am Montag war nun der große Tag gekommen und neben dem Roboter

waren auch die Mitarbeiter der Studie da. Nach einem festen Tagesablauf wurden verschiedene Szenarien durchgeführt, wie etwa gemeinsame Gymnastikübungen. Wichtig für die Forschungsgruppe war, wie die Teilnehmerin die ihr völlig unbekannte Technik versteht und auch nutzen kann. Das gestaltete sich für die Pirmasenserin überraschend einfach. Sie akzeptierte von der ersten Sekunde an den Roboter, zeigte keinerlei Scheu vor der Technik und schließlich war sie sehr erstaunt, was heutzutage alles möglich ist.

Während der polizeilichen Untersuchungen verhielt sich ein weiterer amtsbekannter 25-Jähriger aus der Gruppe äußerst aggressiv und provozierend, weshalb er gefesselt werden sollte. Er leistete durch körperliches Sperren heftigen Widerstand und wurde im Anschluss aufgrund massiver Fremd- und Eigengefährdung in das Krankenhaus gebracht, wo er stationär aufgenommen wurde.



Gemeinsame Gymnastikübungen sind für den Roboter Robody kein Problem. Sieht so die Pflege der Zukunft aus? Eine Forschungsgruppe aus Berlin und München war zum Testen eines Prototyps drei Tage in Pirmasens. FOTO: SCHARF

WIEDER VORFÄLLE AUF EXE

Acht junge Männer sorgen für Ärger

Am Mittwoch, gegen 17.30 Uhr, erschien ein amtsbekannter 24-jähriger Mann auf der Polizeidienststelle, um einen Vorfall auf dem Exerzierplatz anzuzeigen. Laut seinen Angaben kam es zu einer Auseinandersetzung zwischen ihm und einer mehrköpfigen Personengruppe, bei dem es um einen mittleren zweistelligen Geldbetrag ging. Im Anschluss konnte die 15-köpfige Personengruppe unterschiedlicher Nationalitäten von der Polizei an den Treppen der Johankirche angetroffen und kontrolliert werden.

Während der polizeilichen Untersuchungen verhielt sich ein weiterer amtsbekannter 25-Jähriger aus der Gruppe äußerst aggressiv und provozierend, weshalb er gefesselt werden sollte. Er leistete durch körperliches Sperren heftigen Widerstand und wurde im Anschluss aufgrund massiver Fremd- und Eigengefährdung in das Krankenhaus gebracht, wo er stationär aufgenommen wurde.

Während des Einsatzes wurden die eingesetzten Kräfte von Personen aus der Gruppe massiv beleidigt und teilweise bedroht. Gegen die Gruppenmitglieder wurden Platzverweise ausgesprochen, denen sie zunächst nachkamen.

Gegen 21 Uhr wurden erneut Pöbeleien vom Bereich Exerzierplatz gemeldet. Vor Ort stellte sich heraus, dass es sich um dieselbe Gruppe handelte. Acht junge Männer, im Alter zwischen 15 und 20 Jahren, wurden von der Polizei zur Dienststelle gebracht. Die vier volljährigen Hauptaggressoren mussten die Nacht in Gewahrsam verbringen. Die anderen vier, allesamt noch nicht volljährig, wurden auf der Dienststelle von ihren Sorgeberechtigten abgeholt.

Wie die Polizei ausdrücklich feststellte, kam es bei den Vorfällen (Gesamtgeschehen) zu keinen Verletzungen. Die Verantwortlichen werden entsprechend den jeweiligen Straftatbeständen und Ordnungswidrigkeiten angezeigt. |PZ